

Zwei Monate Prozentfabrik



Hier wurde der Wahlkampf geplant - und mit dabei Gunnar aus Hannover. Wie es war, steht auf Seite 3

Bewerbung zur Grünen Regionspräsidentin



Doris Klawunde bewirbt sich als Kandidatin für das Amt der Regionspräsidentin.

Die Bewerbung auf Seite 4

Grüne für Herrenhausen Pur



Haie in Herrenhausen? Das passt nicht findet die Grüne OB Kandidatin. Sie ist für Herrenhausen-Pur, Seite 5

Sonstiges

- Wahlanalyse: Seite 2
- Aus dem Bundestag: Seite 6
- Streit um Uferpark: Seite 6/7
- Aus dem Landtag: Seite 7
- Aus der Region: Seite 8
- Aus dem Rat: Seite 9

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Hannovers Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN Hannover-Stadt • Oktober 2005

Der Schreck nach der Neuwahlankündigung dauerte keine 24 Stunden, da standen wir schon mit dem ersten Wahlstand auf dem Kröpcke. Dies war der Auftakt für einen kurzen aber fulminanten Wahlkampf in Hannover. Noch nie war unser Wahlkampf so vielfältig und noch nie haben wir ihn in der gesamten Region Hannover gemeinsam geführt – und gewonnen!

Neben den klassischen Ständen, bei denen die „Alt-Grünen“ dieses Mal großartig von der Grünen Jugend unterstützt wurden, haben wir es gewagt neue Wege zu beschreiten. Wir haben versucht, durch eine große Vielfalt an Veranstaltungen, ganz unterschiedliche Menschen anzusprechen und für unsere Inhalte zu gewinnen. Es gab unter anderem eine wirtschaftspolitische Veranstaltung mit Thomas Gambke, Manager von Schott und Grüner Kandidat in Bayern, eine Lesung und Diskussion mit dem Bestseller-Autor Frank Schätzing, einen Abend bei Jürgen Piquardt im Paradies mit der Kartoffel Linda, einen Kinoabend mit Rebecca Harms in Lehrte, mehrere Wahlmenüs mit unserem Direktkandidaten Christopher Bodirsky, eine Diskussion mit Brigitte Pothmer und Daniel

Wahlkampf in Hannover

Vielfältig GRÜN!

**Er war kurz, er war bunt - und er war vor allem erfolgreich:
Der Bundestagswahlkampf 2006 in Hannover. Jetzt gilt es, den Schwung in die Kommunalwahlen mitzunehmen!**



Cohn-Bendit in der Faust und natürlich eine großartig besuchte Kundgebung mit Joschka Fischer auf dem Platz Am Markte.

Diese Vielfalt an Aktionen und Veranstaltungsorten hat nicht nur Spaß gemacht, sie hat auch unsere Vielfalt als Partei deutlich gemacht. Wir sind auf dem Faust

Gelände ebenso zu Hause, wie im Gallo Nero, am Maschsee genau so, wie auf dem Kröpcke.

Und das Schönste: Überall konnten wir Menschen von unseren Ideen überzeugen. Wenn wir diese Lebendigkeit weiter ausbauen, muss uns zur Kommunalwahl nicht bange sein!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat wohl alle überrascht. So haben wir in unserer Einladung zur anstehenden Mitgliederversammlung geschrieben, die Wahl habe ein mittleres politisches Erdbeben ausgelöst.

Vielleicht ein wenig übertrieben – würde dies doch sinngemäß bedeuten, die unberechenbare „Naturgewalt“ Wahlvolk habe zugeschlagen. Dennoch ist es sehr spannend und auch für die zukünftige Entwicklung der Grünen eine große Chance, dass damit eine breite Diskussion, nicht nur über mögliche neue Koalitionen, in Gang gesetzt wurde.

Vor Ort können wir alle sehr zufrieden sein: In der Stadt wurde mit 12,5% exakt das Ergebnis von 2002 erneut erreicht, im Umland haben wir sogar zugelegt.

Das spricht nicht nur für gute Grüne Politik in Berlin, sondern auch für einen hervorragenden Wahlkampf hier in der Region!

Insofern sind wir (mal wieder) unserer Zeit voraus. Die Satzung für den neuen gemeinsamen Regionsverband muss noch verabschiedet werden – die praktische Zusammenarbeit funktioniert aber auch ohne solche Formalia bestens und – wie sich gezeigt hat – auch messbar erfolgreich.

Lauter gute Vorzeichen also für das Kommunalwahljahr 2006...

Anja Ritschel,
Vorsitzende



Bilder eines Wahlkampfes



Reinhard Bütikofer und Silke Stokar verteilen auf dem Stephansplatz leckeren Öko-Kuchen, Joschka Fischer vor 2.500 Menschen auf dem Platz Am Markte, Christopher Bodirsky im unermüdlichen Einsatz, Katrin Göring-Eckardt zur Diskussion in unserer Geschäftsstelle...

Das Ergebnis in Niedersachsen

Entgegen dem Bundestrend haben die GRÜNEN in Niedersachsen zugelegt. Nach 7,3% im Jahr 2002 erzielten sie im Landesdurchschnitt 7,4%. Damit erreichten Sie exakt das bisher beste Bundestagsergebnis aus dem Jahr 1987.

Das beste Wahlkreisergebnis erzielten die GRÜNEN in Hannover-Stadt (WK 42) 13,9%. Zweistellige Ergebnisse gab es ebenfalls in Oldenburg-Ammerland (11,1%), Lüneburg-Lüchow (10,9%) und Göttingen (10,7%). Den höchsten Zugewinn konnte der Wahlkreis Hameln mit +0,9% verbuchen (von 5,3 auf 6,2%).

Erfreulich ist, gerade im Hinblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr, die klare rot-grüne Mehrheit in Niedersachsen von 50,6% gegenüber 42,5% für schwarz-gelb.

Fünf Mandate gehalten

Im nächsten Bundestag werden die niedersächsischen GRÜNEN erneut mit 5 Abgeordneten vertreten sein:



Brigitte Pothmer



Jürgen Trittin



Silke Stokar



Thilo Hoppe



Thea Dückert



Erster Nachrücker ist Dieter Albrecht aus Ronnenberg!

In der Landeshauptstadt Hannover (LHH) sind die Grünen stabil bei ihrem besten Ergebnis geblieben (exakt wieder 12,5%; im Saldo leichte Verluste von 897 Stimmen, bei gesunkener Wahlbeteiligung), in der Region haben wir in der zweiten Wahl in Folge unser bestes Ergebnis erzielt (Umland: +0,5% auf 7,5%)

Es gibt keine erdrutschartigen Veränderungen. Unsere Hochburgen bleiben Hochburgen und Diasporas bleiben Diasporas, und wir bleiben eine Partei, die überdurchschnittlich stark in Singlemilieus und bei Alleinerziehenden ist.

Wir haben vier Klassen von Wählerentwicklungen in der LHH:

- Linden Mitte und Süd sind die absoluten Hochburgen, in denen wir noch weiter gewachsen sind,
- in den anderen Hochburen haben wir leichte Verluste,
- in den schwächeren Gebieten haben wir leicht hinzugewonnen,
- in ganz schwachen Gebieten haben wir verloren, z.B. Burg, Isernhagen-Süd Wettbergen.

Anders als fast alle anderen vergleichbar großen westdeutschen Städte haben wir unser Ergebnis halten können, allerdings gibt es nach wie vor auch vergleichbare Städte wie Bremen, Stuttgart und Frankfurt, die bei ähnlicher soziostruktureller Situation mit Ergebnissen zwischen 15 und 18 Prozent zeigen, wo wir hin müssen und können.

Was ist bemerkenswert?

Bemerkenswert ist, dass wir an die PDS deutlich weniger verloren haben, als befürchtet (0,05% der Wahlberechtigten in der LHH; im Umland -0,3%). Stärker verloren haben wir an die FDP (0,2% von den GRÜNEN zur FDP und im Umland sogar 0,5% an die FDP). Dementsprechend hoch sind unsere Verluste da, wo die FDP

Ergebnis der Grünen zur Bundestagswahl in der Region

Auf hohem Niveau gefestigt

Ein Jahr vor der Kommunalwahl haben wir das Ergebnis der Bundestagswahl in der Region Hannover mit besonderer Spannung erwartet. Erfreulichste Nachricht ist, dass wir uns in der Region Hannover auf hohem Niveau stabilisieren konnten, im Umland konnten wir unser gutes Ergebnis sogar ausbauen. Bei genauerer Betrachtung gibt es einige spannende Besonderheiten. Eine Analyse von Enno Isermann und Michael Pelke

stark ist (z.B.: -2,4 in Waldhausen; -2,8% in Zoo; -2,6% in Oststadt; -1% in Isernhagen).

Bemerkenswert ist weiter, dass wir besonders in stark sozialdemokratischen Milieus gewonnen haben, in denen wir früher schwach waren (z.B.: +2,5% in Herrenhausen; +2,9% in Leinhausen; +2,2% in Vinnhorst/Brink-Hafen).

Erfreulich ist, dass wir bei den Erst-WählerInnen weiter gewinnen, jedoch im „Mittelalter“ (25-44 Jahre) leicht verlieren (hier stärkere Verluste bei den Männern mit minus 3,3%). Wir sind zweitstärkste Partei bei den Jungwählern bis 25 mit 17,1% geworden und haben als einzige Partei einen Jungwähleranteil von über 10%. Dieses wertvolle Ergebnis gilt es zu sichern!

Auffällig ist weiter, dass wir immer weiblicher werden. Selbst in der Altersgruppe, wo wir gesamt verlieren, legen wir bei den Frauen weiter zu. Dies, obwohl hier bei den 25-34jährigen Frauen mit minus 7% der stärkste Wahlbeteiligungsrückgang zu verzeichnen ist.

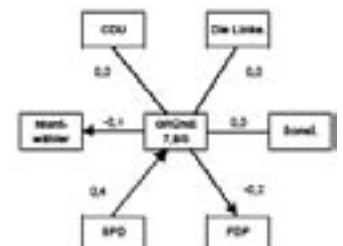
Zusammenfassung:

Unsere Wählerschaft wird immer heterogener. Wir haben sehr stark rot/grün verwurzelte WählerInnen, die inzwischen weit in

das sozialdemokratische Milieu reichen und wir haben zugleich wirtschaftsliberale WählerInnen, für die es kein Problem darstellt, zwischen GRÜNEN und FDP zu wechseln. Retro-Linke, PDS-Nahe WählerInnen sind hingegen nicht so stark vertreten. Diese Wählerschaft zusammen zu bringen ist eine große Herausforderung. Die Klammer könnte sein: Große ökologische und soziale Verantwortungsbereitschaft bei gleichzeitiger hoher Reformbereitschaft und stärkerer Entwicklung der wirtschaftspolitischen Kompetenz. Dies gilt es bei den Vorbereitungen zur Kommunalwahl zu beachten.

Nähere Infos und eine ausführliche Analyse gibt es im Internet unter www.wahlen-hannover.de

michael.pelke@
lt.niedersachsen.de
enno.isermann@
gruene-hannover.de



Wählerwanderung bei den Grünen in Hannover



Enno Hagenah, Ingrid Wagemann, Lothar Schlieckau und Brigitte Pothmer mit einer Protestaktion bei der PDS, unsere Direktkandidaten Silke Stokar und Christopher Bodirsky, Daniel Cohn-Bendit und Brigitte Pothmer, die Grüne Jugend mit einer Anti-Merkel-Stoiber Aktion, Brigitte Pothmer und Christopher Bodirsky im Einsatz für Linda...

Über das Büro von Claudia Roth hatte ich mich im Juni für ein Praktikum im Wahlkampf beworben und jetzt waren Helfer gefragt. Neben den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle waren während des Wahlkampfes 15 Praktikanten in der Prozentfabrik damit beschäftigt Aktionen zu koordinieren, Veranstaltungen zu planen oder einfach dort zu helfen wo Hilfe nötig war. Einige gingen mit dem Spitzenteam auf Tour quer durch Deutschland.

Promis für Grün

Im Kulturwahlkampfteam war ich dafür zuständig, prominente Unterstützer aus Kultur, Musik, Sport oder Wissenschaft für die Grünen zu gewinnen. Zunächst mussten jene Promis gefunden werden, die Die Grünen mit einem persönlichen Statement oder einem Auftritt unterstützen würden. Das ergab eine beachtliche Liste von Namen, die es galt zu kontaktieren. Erschwert wurde die Kontaktaufnahme durch die Kürze des Wahlkampfes – viele Promis waren entweder im Urlaub, auf Tour oder bei Drehs.

Einige kamen auf uns zu und boten sofort ihre Unterstützung an, bei manchen mussten wir auch erst einmal Überzeugungsarbeit für grüne Politik leisten. Die sich dann auch lohnte.

Letztendlich kamen 40 kreative, zum Teil skurrile Statements Pro Grün zusammen, unter anderem von der Sängerin Nina Hagen, dem Fußballer Marco Bode, dem Schauspieler Peter Lohmeyer, der Comedian Cordula Stratmann und der Popgruppe 2Raumwohnung. Mancher bot auch sein Kommen zu Veranstaltungen an oder wollte auch einfach ein Lied für die Grünen singen. So kamen wir sogar zu unserer eigenen Wahlkampf-„Hymne“ Der Sänger Steffen Strom schenkte den Grünen sein Lied „Angie“ – mit neuem Text. So schallte es „Angie, nein, nein“ durch die

Zwei Monate Prozentfabrik

**Am 22. Juli saß ich vor dem Fernseher und wartete gespannt auf die Rede des Bundespräsidenten - eine Woche später saß ich mit Wahlkämpfern aus ganz Deutschland in der Prozentfabrik, der Wahlkampfzentrale der Grünen.
Ein Bericht von Gunnar Hansen, Campus Grün Hannover**



Gänge und der grüne Server ging vor den vielen Downloads zeitweise in die Knie. Die Statements wurden dann schrittweise auf der Internetseite der Grünen veröffentlicht. Beinahe so etwas wie einen kleinen Konkurrenzkampf gab es dabei mit den anderen Parteien, auch sie traten mit Listen prominenter Unterstützer an die Öffentlichkeit.

Wahlkampfhöhepunkt

Der Höhepunkt des Wahlkampfes stand am zweiten September an. Bei den nur vierwöchigen Planungen konnte ich miterleben, wie das Programm Gestalt annahm. Das Wahlprogramm der Grünen sollte in verschiedenen Aktionen

dargestellt werden: Jürgen Trittin demonstrierte Hybridauto und Solarboot, Claudia Roth diskutierte über Migrationspolitik und Renate Künast kochte.

Wir Helfer waren schon früh vor Ort um die Presse in Empfang zu nehmen, die einzelnen Aktionen vorzubereiten, Tische mit Sonnenblumen zu bestücken oder während

Joschka Fischers Rede die Banner „Zweitstimme ist Joschka-Stimme“ in die Fernsehkameras zu halten. Mit 3000 Besuchern waren mehr Menschen gekommen als erwartet, die tolle Atmosphäre gab einen Schub, um bis zum 18. September noch mal alles zu mobilisieren.

24-Stunden-Blog

Während am Morgen des Wahltages das letzte Unterstützer-Statement auf die Homepage kam, wurden in der Prozentfabrik noch bis 17:59 Uhr Fragen im 24-Stunden-Blog beantwortet. Da waren viele Helfer schon auf der Wahlparty und warteten auf die ersten Hochrechnungen.

So richtig abschalten konnte aber auch nach dem guten Wahlergebnis noch keiner – wir im Kulturwahlkampfteam haben uns zunächst bei allen Promis bedankt, in der Hoffnung, dass sie auch weiterhin Die Grünen unterstützen werden.

Der Wahlkampf bot bei allem Stress auf jeden Fall ein großartiges Praktikum mit zahlreichen interessanten Erfahrungen. Bei der Dankesfeier für die Helfer war dann auch bereits scherzhaft die Rede davon, wann man denn das nächste Mal gemeinsam wahlkämpfen werde.

Gunnar Hansen

gunhansen@gmx.de



Gunnar Hansen (24), hier vor Joschkas Tour Bus, ist Mitglied der Grünen Hochschulgruppe und studiert Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.



...Rebecca Harms und Ronald Schütz bei dem Filmabend im Anderen Kino in Lehrte, Frank Schaezting bei der Lesung im Literarischen Salon - und mit Michael Pelke nach der Lesung, Grüne Läuferinnen und Läufer zwei Tage vor der Wahl bei dem Sportscheck Lauf und Jürgen Trittin, der auf dem Kröpcke nachwachsende Rohstoffe in Form von Sonnenblumen verteilt.

Wann kommt Fan-Village?

Ingrid Wagemann befürchtet Scheitern des Projekts

Vor mehr als acht Monaten wurde die neue AWD-Arena offiziell eröffnet, auch das neue Vereinsgebäude am Stadion wächst in die Höhe und selbst die Grünpflanzungen haben WM-Status. Nur die Fans haben nach wie vor den guten alten Fancontainer als einzigen Anlaufpunkt.

Dabei gibt es längst die Pläne des Fan-Projekts für das so genannte Fan-Village. Für rund 200.000 Euro soll hinter der Nordtribüne der Arena, dort wo jetzt der Fan-Container steht, ein Treffpunkt für die Fans entstehen.

Der Neubau soll sich architektonisch in das Gesamtbild des neuen Stadions einfügen und den vielfältigen Aktivitäten der Fans Raum bieten. Bisher übernimmt diese Funktion der unansehnliche und viel zu kleine Fancontainer. Die Pläne für den Neubau liegen bereit, nur mit der Finanzierung tut sich Hannover 96 schwer. "Wer Millionen für neue Spieler auf die Beine stellt, sollte auch 200.000 Euro für den 12. Mann organisieren können", äußerte sich daher unsere grüne Oberbürgermeister-Kandidatin Ingrid Wagemann Anfang September in einer Pressemitteilung zu dem Thema.

Ingrid Wagemann befürchtet ein Scheitern des Projekts, sollte die Finanzierung und Durchführung des Baus nicht vor der WM 2006 gelingen. „Ich werde mich dafür einsetzen, dass das nicht eintritt“, so Wagemann weiter. „Nach der WM wird das Interesse, eine tadellose Wettkampfstätte vorzuzeigen, sinken und der Verein eventuell damit leben können, die Fans in der Schmutzdecke stehen zu lassen.“



Fußball ohne 12. Mann? Nicht mit uns!

Mit einer eigenständigen Kandidatur für das Amt der Regionspräsidentin geben wir ein Signal dafür, nachhaltige Politik in der Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft offen und konstruktiv einzufordern.

Zur Person

1958 in Hannover-Linden geboren und dort aufgewachsen, bin ich durch meine Familie schon früh an politisches Engagement herangeführt worden, das mich auch – mit eigener Familie mit vier Kindern zuerst in Sehnde und jetzt in Lehrte – immer wesentlich geprägt hat.

Konfrontiert mit der auch euch so wohlbekannten Haltung etablierter Parteien und der „üblichen“ Rollenerwartungen an mich als Frau und Mutter und als Bürgerin bin ich in die Politik, und als Gründungsmitglied in die Grünen hineingewachsen.

Geleitet von dem Grundsatz „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, habe ich mich insbesondere im sozialen Bereich in vielen Initiativen engagiert und unter anderem das „IBAS – Informationsbüro für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen“ und die „Lehrter Spendenstube“ gegründet.

Diese Arbeit war und ist geprägt von dem, was ich früh gelernt habe, Vernetzungen zu bilden, thematische Verknüpfungen zu sehen und diese in der Praxis für eine wirksame und tragfähige Politik zu nutzen.

Das hat mich motiviert, im Laufe der Jahre verschiedene kommunalpolitische Mandate für die Grünen wahrzunehmen, als Kreisratsabgeordnete, als stellvertretende Bürgermeisterin von Lehrte, bis hin zur stellvertretenden Regionspräsidentin und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in der laufenden Wahlperiode der Region Hannover.

Meine Arbeit in der Region

Als Vizepräsidentin der Region habe ich verschiedenste Repräsentationen bei Verbänden und Vereinen wahrzunehmen und thematisch abzudecken.

Dieser umfassende Querschnitt gibt mir einen engen Kontakt und Einblick in die Befindlichkeiten und Problemsituationen der Bürgerinnen und Bürger. Besonders am Herzen liegen mir die kleinen Betriebe – gerade des Handwerks-, die mit ihrer elementaren

Bewerbung Regionspräsidentin-Kandidatin

Grüne Regionspräsidentin? Na klar!

Wir Grüne sind in der Region Hannover der Motor für die ökologische und soziale Modernisierung: Unser Ziel ist eine Region für alle und der Ausgleich zwischen Stadt und Umland. Wir haben die Ideen für die Zukunft und die Konzepte für die Gegenwart. Eine Bewerbung von Doris Klawunde

Funktion in der Ausbildung eine hervorragende Rolle spielen.

Meine Arbeit als Regionsabgeordnete ist geprägt vom Gesundheitsausschuss und Verkehrsausschuss. In Ersterem war und ist es mir ein wesentliches Anliegen, die stationäre Gesundheitsversorgung in der Fläche ohne Privatisierung zu erhalten. Im Letzteren geht es darum, den Standard des ÖPNV auch bei knappen Kassen

zu sichern und sozial verträgliche Tarife zu gestalten. Es geht um Mobilität für alle.

Mir ist sehr bewusst und alltäglich handlungsleitend, dass die Landeshauptstadt für die Region von überragender Bedeutung ist. Die Umlandgemeinden hatten dabei aber nachvollziehbare Sorgen erdrückt zu werden.

Mir erscheint es aber wichtig und möglich, diese Bedenken weiter zu zerstreuen, zu verdeutlichen, dass die Region Hannover Chancen für alle bietet, nicht nur als Wirtschaftsstandort sondern auch mit seinen sozialen, ökologischen und kulturellen Leistungen.

Auch die bevorstehende Fusion der Kreisverbände verstehe ich als deutliches Signal an Politik und BürgerInnen, gemeinsam zum Wohl der Region zu arbeiten.

Gemeinsam sind wir stärker. Kraftvoll, kreativ, ein wenig



eigenwillig; werden die Ortsverbände und der Stadtverband unsere Region gemeinsam gestalten.

Mit meiner Kandidatur als erste Spitzenkandidatin des fusionierten Kreisverbandes für die Kommunalwahl 2006 stehe ich für diesen Weg

Die Region entwickeln

Für die Wirtschaftsregion Hannover ist besonders die Förderung der regenerativen Energien hervorzuheben. Seit 2001 hat die Region über 3 Millionen Euro in diesen Bereich investiert. Mittlerweile existieren über 3000 Arbeitsplätze direkt in der Region. Es gibt bereits 46 Forschungseinrichtungen mit 570 WissenschaftlerInnen. Weitere Ansiedlungen wie das Passivhaus-Institut sind geplant. Das ist grüne Politik in der Region. 1 Euro Investition ergab 4 Euro Folgeinvestitionen – diese Entwicklung will ich stärken.

Die Herausforderung in der kommunalen Gesundheitspolitik ist, unser Klinikum als drittgrößtes Krankenhausunternehmen in der Bundesrepublik in öffentlicher Trägerschaft mit fast 8000 Beschäftigten wettbewerbsfähig und leistungsstark in der medizinischen Versorgung auf hohem medizinischen und pflegerischen Niveau langfristig zu etablieren.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Es gilt die Kinderbetreuung gerade für unter 3-Jährige auszubauen und mehr Krippenplätze einzurichten. Mit dem regionalen Bündnis für Familie hat die Region hier einen wichtigen Baustein geschaffen. Auch im Rahmen der SGB II-Reform müssen regionale Programme entwickelt werden um gerade Alleinerziehende wieder ins Berufsleben zu integrieren.

Mit der ARGE der Region Hannover ist eine wohnortnahe Betreuungsstruktur für die Arbeitslosengeld II-Bezieher geschaffen worden. Jetzt muss jedoch das Fördern um das Fördern ergänzt werden. Insbesondere bei der sofortigen Vermittlung von Ju-

gendlichen unter 25 sollte die Region Vorreiter sein. Hierbei wird die notwendige Qualifizierung und Ausbildung der Betroffenen Schwerpunkt grüner Politik sein.

Seit ihrer Gründung treten die Grünen für die gesellschaftliche und politische Erneuerung der Bundesrepublik ein. Seit 2001 gestalten wir auch die Region mit. Unser Ziel wird sein, eine schwarz-gelbe Mehrheit zu verhindern, einer Politik der Entsolidarisierung, der gnadenlosen Privatisierung und der Missachtung der Ökologie entgegenzutreten. Unser Ziel ist, mit all unserer Kraft, mit all unseren Ideen das grüne Projekt Zukunft, die nachhaltige Sicherung unserer ökologischen, ökonomischen und sozialen Lebensgrundlagen für alle Menschen in der Region voranzubringen.

Dafür möchte ich gemeinsam mit Euch kämpfen und bitte um Euer Votum.

Doris Klawunde

mail@doris-klawunde.de

Grüne für Herrenhausen!

Das Regenwaldhaus in den Herrenhäuser Gärten steht unter Insolvenz. Die ehemaligen Betreiber haben sich zurückgezogen, die Stadt gewährleistet zurzeit den Besucherbetrieb und die Pflege mit reduzierten Eintrittspreisen und reduziertem Aufwand.

Von Ingrid Wagemann, grüne OB-Kandidatin

Unter dem Motto „sea-life, von der Leine bis zum tropischen Meer“ bewirbt sich das Unternehmen „Merlin“ um die Nutzung des Hauses. Und die Stadt serviert das Regenwaldhaus auf dem Silbertablett: Merlin will für das Regenwaldhaus keine Miete oder Pacht bezahlen, auch nicht für Parkplätze und vorhandene Infrastruktur. Über eine 30jährige unentgeltliche Nutzung wird verhandelt. Die Stadt zahlt eventuell noch drauf: etwa eine Millionen Euro bisher nicht veranlagter Umsatzsteuer stehen als Forderung vom Finanzamt noch aus.

Für 3,5 Millionen Euro will Merlin im Regenwaldhaus ein Erlebnis-Aquarium einbauen. Pflanzen und Bäume werden weichen.

Herrenhausen als "Geamtmarke"

Sea-life passt nicht in das Gesamtensemble Herrenhäuser Gärten. Die Herrenhäuser Gärten insgesamt mit Georgengarten, Barockgarten und Berggarten sind etwas ganz Besonderes. Hannover ist bekannt und wird besucht wegen dieser Gärten, wir als Hannoveraner und Hannoveranerin nutzen und genießen die Gärten selbstverständlich und zeigen sie stolz auswärtigen Gästen. Die Stadt strebt für die Herrenhäuser Gärten die Anerkennung als Weltkulturerbe bei der Unesco an.

Damit noch besser zusammenwächst, was zusammen gehört, sollte eine Verbindung zwischen den Barockgärten und dem Berggarten hergestellt werden. Das Regenwaldhaus kann in diesem Zusammenhang ein Anknüpfungspunkt werden. Dabei muss die „Gesamtmarke“ Herrenhäuser Gärten unterstrichen werden.

Ich setze mich daher für Herrenhausen-Pur ein. Ohne ein 5-Sterne-Hotel, wie es die CDU in den historischen Gärten errichten will und auch ohne ein sea-life Aquarium.

Wir haben nichts gegen Fische und auch nichts gegen erlebnisorientierte Angebote in Hannover. Sehen allerdings Widersprüche zum Herrenhausen-Konzept und haben Fragen an die Bewerber um sea-life:

Wird man die Gärten noch hinter der massiven Marketing und Imagebildung von sea-life erkennen? Wird der Berggarten zum Hinterhof von sea-life?

Warum verschenkt die Stadt dieses Haus und stellt Parkplätze und Infrastruktur vom Feinsten zur Verfügung, ohne Kosten in Rechnung zu stellen?

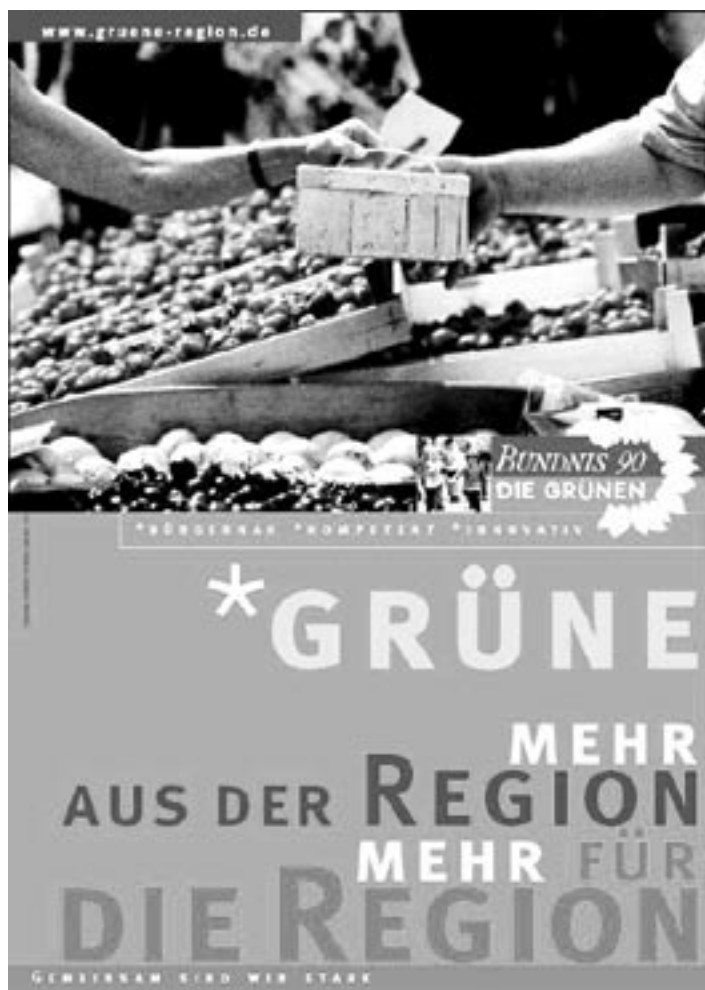
Wie will sea-life das Finanzamt von seiner Gemeinnützigkeit überzeugen? Wie viel Geld hat Hannover zu zahlen für bisher nicht veranlagte Umsatzsteuer und warum sollten wir das tun?

Wie können die Gärten ein Konzept aus einem Guss entwickeln, wenn mittendrin sea-life sein ganz eigenständiges Konzept mit gänzlich anderem Charakter hochfährt?

In der Stadt sollte eine Diskussion um das richtige Konzept für das Regenwaldhaus geführt werden. So sollte die Stadtverwaltung neben der Vorstellung von sea-life, mit all seinen Konsequenzen, alternativ ein Konzept entwickeln, wie das Regenwaldhaus innerhalb des Gesamtbetriebes Herrenhäuser Gärten betrieben werden kann.

Ingrid Wagemann

mail@ingrid-wagemann.de



Streit um den Uferpark

Trotz der Investorenfreundlichen Förderungen gibt es Zoff um die Wasserstadt Limmer. Zentrales Streitthema in der Wasserstadt ist der so genannte „Uferpark“. Wie breit soll er werden?

Von Michael Dette, bau- und umweltpolitischer Sprecher der Ratsfraktion



Der Siegerentwurf im Städtebaulichen Wettbewerb aus dem Jahr 2003 hatte ihn hervorgebracht: Eine rund 55 m breite, öffentliche Grünfläche entlang des Leineverbindungskanals zwischen Schleusenbrücke und Altenheim, gestaltet als Park mit Aufenthaltsqualitäten sowie Fuß- und Radwegeverbindungen. Der Streitpunkt entwickelt sich, als Investor und Verwaltung als nächsten Arbeitsschritt einen Rahmenplan vorlegen, der an dieser Stelle lediglich einen 22 m breiten Grünstreifen vorsieht. Vordergründige Argumente: Für eine Aufenthaltsqualität an dieser Stelle fehle eine ausreichende Besonnung (erstaunliches Argument angesichts der angrenzend geplanten 600 qm-Grundstücke für freistehende Einfamilienhäuser). Auch sei eine qualitätsvolle Gestaltung kaum umsetzbar. Tatsächlich geht es aber wohl um die Frage: Sind solche Filet-Grundstücke am Wasser für die Öffentlichkeit nutzbar oder bleiben sie einzelnen, zukünftigen EigentümerInnen vorbehalten, an die sie übrigens zu attraktiven Preisen vermarktet

werden dürften? Die Haltung des Investors mag zunächst einleuchten, verliert allerdings an Grundlage, wenn Folgendes in die Betrachtung einbezogen wird: Der Investor trägt bei der Wasserstadt trotz aller Risiken im Zuge einer Brachensanierung eine besondere Verantwortung für die Erfüllung öffentlicher Bedarfe. Denn zunächst ist der Erwerb der ursprünglichen Gesamtfläche von rund 20 ha mit Unterstützung der Stadtverwaltung wesentlich „erleichtert“ worden (Ankauf einer Teilfläche von rund 1,5 ha an der Wunstorfer Straße durch die Stadt zu einem enormen Kaufpreis an die Investoren). Des Weiteren sind in der Summe rund 5 Millionen Euro öffentliche Sanierungsmittel für die Flächenentwicklung vorgesehen. Rot-grün sieht Bedarf für einen ausreichend bemessenen Uferpark, für die Allgemeinheit, auch als Verbindung zwischen den Menschen im neu-geschaffenen Stadtteil und dem bestehenden Limmer. Dennoch kommt rot-grün dem Investor mit einer Reduzierung auf 40m Breite entgegen. So wurde es Ende 2004 in Sanierungskommission und

Ich möchte mich bei allen für die tolle Unterstützung bis zur letzten Minute in diesem kurzen aber anspruchsvollen Wahlkampf bedanken. Das sehr gute Niedersachsenergebnis hat mich riesig gefreut, wir haben das bisher beste Ergebnis in unserer Geschichte bekommen und ich möchte noch mal allen danken, die so begeistert und engagiert dafür gekämpft haben. In Berlin richten wir uns jetzt auf eine konstruktive Opposition ein und ich freue mich auf weitere vier Jahre Zusammenarbeit mit Euch.

Grüne widersprechen Otto Schily bei Speicherung von Telefondaten

Zur Forderung des Bundesinnenministers, eine zwangsweise Vorratsdatenspeicherung von Telefondaten von einem Jahr einzuführen, erklärt Silke Stokar: Die Forderung des Bundesinnenministers ist in der Sache verfehlt, datenschutzrechtlich unhaltbar und finanziell für die Anbieter nicht tragbar. Die massenhafte Speicherung von Telefon- und Internetdaten verstößt gegen das deutsche Telekommunikationsgesetz und die erklärte Haltung der Fraktionen des deutschen Bundestages. Wir stehen zu unseren Gesetzen und den getroffenen Absprachen. Wir erwarten von den Bundesministerien, dass sie die auch zur Grundlage ihrer Haltung in Brüssel machen.

Linkspartei muss Stasi-Verstrickungen offen legen

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht Geschichte, sie bleibt ein hoch aktuelles Thema. Die Stasi-Akten sind die Grundlage für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die jüngste deutsche Geschichte können wir der jungen Generation nur verständlich machen, wenn die Machtstrukturen der SED erforscht und offen gelegt werden. Die junge Generation erwartet eine Antwort auf die Frage: Wie konnte dieser Überwachungsstaat so lange funktionieren? Die beharrliche Weigerung der Linkspartei, sich freiwillig überprüfen zu lassen, zeigt deutlich, dass die PDS-dominierte Linkspartei sich nicht erneuert hat und der Bruch mit alten SED-Funktionären nicht vollzogen ist. Wir

lehnen es entschieden ab, uns mit einer Partei über Bürgerrechte, Menschenrechte und Freiheit auseinanderzusetzen, die nicht bereit und in der Lage ist, sich von den Informellen Mitarbeitern der Stasi zu distanzieren und zu trennen. Wir fordern alle neuen Abgeordneten auf, sich einer freiwilligen Stasi-Überprüfung zu unterziehen.

Reformprozess in der Beamtenpolitik darf jetzt nicht abgewürgt werden

Wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Bestätigung des Versorgungsänderungsgesetzes. Angesichts der demografischen Entwicklung, die zu einem prognostizierten Anstieg der Pensionsaufwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden von derzeit 22 Milliarden Euro auf mehr als 90 Milliarden Euro im Jahr 2040 führen wird, sind nachhaltige Lösungsansätze unbedingt erforderlich. Diesen Schritt ist Rot-Grün 2001 gegangen. Wie im Rentenbereich haben wir auch bei den Pensionen einen geringeren Anstieg der Versorgungsbezüge eingeführt. Damit leisten auch die Versorgungsempfänger einen Beitrag zur Lösung dieser Finanzprobleme. Um der Explosion der Pensionskosten noch wirksamer zu begegnen, setzen wir uns für die Schaffung von Pensionsfonds für neu eingestellte Beamte ein. Aus ihnen sollen die späteren Pensionen vollständig gezahlt werden. Zugleich darf der Reformprozess im Beamtenrecht nicht gestoppt werden.

Wir haben ein Strukturreformgesetz eingebracht, was das mit den Gewerkschaften erarbeitete Eckpunktepapier umsetzt. Darüber hinaus wollen wir das Beamtenrecht auf der Grundlage moderner Verhältnisse weiterentwickeln. Die Mitwirkungsrechte im Beamtenbereich müssen gestärkt, aber auch mehr Flexibilisierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Kontakt: Grünes Zentrum, WK-Büro: J. Weinrich, Tel.: 30 66 52, silke.stokar@wk.bundestag.de, www.stokar.de

Eure Silke Stokar
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



Bezirksrat per Änderungsantrag zum Rahmenplan beschlossen. Trotz ist wohl die richtige Bezeichnung, denn im Sommer 2005 legt die Verwaltung eine Neufassung des Rahmenplans vor: Wiederum sind es lediglich 22 statt 40 m. Die Diskussion flammt erneut auf. Die SPD bringt als weiteres Entgegenkommen die „Knochenlösung“ ins Spiel, also ein 22 m breiter Grünstreifen, der sich an Schleuse und Altenheim aufweitet. Chaos in den Lokalgremien entsteht, weil sich dieser Vorschlag in der Sanierungskommission mehrheitlich durchsetzt. Da Papenburg aber auch hiergegen interveniert, behauptet der Bezirksrat auf Grünen Antrag hin die 40 m Lösung. Auf Grund entgegengesetzter Empfehlungen in Sanierungskommission und Bezirksrat findet rot-grün mit einem 30 m-Uferpark eine neue gemeinsame Linie. Diese wird sowohl im Bezirksrat, als auch auf Ratsebene getragen. Angesichts erneuter Interventionen des Investors Papenburg muss nun aber mal Schluss sein – Papenburg sollte sich abfinden, mehr Entgegenkommen kann er wirklich nicht erwarten. Oder wir machen in der Wasserstadt das Buch zu und schlagen mit den Sanierungsmitteln im Ihmezentrum ein neues Kapitel auf.

Der derzeit im Verfahren befindliche rot-grüne Antrag zum Rahmenplan Wasserstadt Limmer sieht neben dem Thema Uferpark noch weitere Punkte vor. So soll die öffentliche Grünverbindung im Uferbereich zwischen Schleuse und Geländespitze 15 m breit sein (Papenburg und Verwaltung wollen hier nur 12 m); Gebäude sind vor Verfall und Vandalismus zu schützen, bis klar ist, welche Gebäude zu erhalten sind; in Abhängigkeit davon wiederum sind Standorte

für weitere Grünflächen im Inneren des Baugebietes zu finden; bei der geplanten Verbindung Sackmannstraße/Schleusenweg entfallen zwei der vier vorgesehenen Plätze; im Bereich des ehemaligen Konzentrationslagers soll ein „Mahnmal“ bzw. ein „Gedenkort“ entstehen.

Dieser Antrag durchläuft gerade die Ratsgremien. Voraussichtlich entscheidet der Rat in seiner Sitzung am 13. Oktober hierüber.

Michael Dette
michael.dette@
bahn.de



Was ist die Wasserstadt?

Ursprüngliches Werksgelände der Continetal-AG, ca. 20 ha groß (einschließlich einer Teilfläche von 1,5 ha an der Wunstorfer Straße), gelegen im Stadtteil Limmer zwischen Leineverbindungskanal und Stichkanal Linden, seit 1999 brach liegend, 2002 durch eine Investorengruppe von der Continetal AG zwecks Entwicklung eines neuen Stadtteils für Wohnen und Arbeiten übernommen. Die ursprünglich geplante Bebauung mit 1.000 Wohneinheiten wurde auf 600 reduziert (Einfamilienhäuser statt Geschosswohnungen). Die Wasserstadt ist Bestandteil des Sanierungsgebietes Limmer, so dass ihre Entwicklung öffentlich gefördert wird. Nach dem Ausstieg von Umweltschutz Nord GmbH und NILEG GmbH ist die Papenburg AG mit ihrer „Wasserstadt Limmer GmbH & Co. KG“ alleinige Eigentümerin.

AUS DEM LANDTAG

Gaspreiskontrolle verschärfen

Die Landtagsfraktion der Grünen fordert im Oktoberplenium die Landesregierung auf, die erneute Preissteigerungsrunde auf dem Gasmarkt auf das wirtschaftlich unabwiesbare Höchstmaß zu begrenzen. Als wirtschaftspolitischer Sprecher sieht Enno das Wirtschaftsministerium in der Pflicht, mit der dort angesiedelten Kartellaufsicht für Niedersachsen im Interesse der gewerblichen und privaten Kunden den Gasmarkt wirkungsvoller zu kontrollieren:

„Der Mittelstand kann nicht warten, bis die neue Regulierungsbehörde auf Bundesebene in einigen Jahren nach dem Abschluss der anstehenden Klagen und dem Auslaufen der überlangen Lieferverträge mehr Wettbewerb im Gasmarkt durchsetzt.

Außer der nicht mehr zu rechtfertigenden Kopplung der Gaspreise an die Ölpreisentwicklung gibt es offensichtlich auch Mitnahmeeffekte der regionalen Versorger und Verteiler. Hinweis sind die sprunghaft ansteigenden Gewinne bei manchen Energieunternehmen.“

In Hessen habe das CDU-geführte Wirtschaftsministerium deshalb in den vergangenen Monaten eine Reihe von Kartellverfahren eingeleitet und nach eigenem Bekunden dadurch die aktuelle Preisrunde erheblich abgebremst.

Niedersachsens Regierungsfraktionen sollten sich an diesem Ansatz orientieren und nicht, wie vom CDU-Abgeordneten Beckmann als Vorsitzenden von Haus und Grund in der Region Hannover vorgeführt, eine Misstrauenskampagne gegen die eigenen Kontrolleure vom Zaun brechen.

Das berechnete Misstrauen und Unverständnis der Kunden, die durch die Energiepreisexplosion zum Teil auch selbst wirtschaftlich in Bedrängnis geraten, erfordert ein Höchstmaß an Transparenz und unabhängiger Kontrolle bei der Preisbildung. Enno: „Es ist ein Akt politischer Scharlatanerie, wenn Mitglieder der Regierungsfraktionen

in Niedersachsen trotz der direkten Kontroll- und Durchgriffsmöglichkeit des Landes dieses Misstrauen auch noch anheizen.“

Mautumgehung stoppen

Eine klare Haltung zum Mautflucht-Problem hat Minister Hirche offenbar noch nicht gefunden: Einerseits will er in den Ballungsräumen die Maut auf den Autobahnen aussetzen, damit die Brummis wieder dort fahren, andererseits empfiehlt er den Landkreisen ein Nachfahrverbot für LKW.

Die Sache aber allein zur Aufgabe der Kommunen zu machen ist falsch: Für die meisten Sperren muss erst das Land die Möglichkeit durch eine parallele Aufhebung zum Beispiel des LKW Sonntags-Fahrverbotes auf den betroffenen Autobahnabschnitten schaffen.

Während die Bundesländer Hessen, Sachsen und Rheinland-Pfalz Nägel mit Köpfen machen und an besonders schwer belasteten Ausweichstrecken schon auf mehreren 100 km die Durchfahrt rund um die Uhr für Transit LKW gesperrt haben, gibt es in Niedersachsen noch nicht mal ein einziges Nachfahrverbot.

Hirche's Verwaltung blockiert sogar regionale Lösungen mit der irreführenden Rechtsauffassung, jede gesperrte Ausweichstrecke brauche wieder eine neue Ausweichstrecke für Notfälle auf Autobahnen.

Dabei bietet die vorhandene Rechtslage bereits jetzt ausreichende Handlungsmöglichkeiten: Im Bedarfsfall kann eine polizeilich angeordnete Notumfahrung temporär das Fahrverbot für Transit-LKW außer Kraft setzen.

Sofortige Sperrungen sind also machbar, entweder aus Gründen der Verkehrssicherheit, wegen übermäßigen Lärms und sogar wenn der Straßenbelag oder der Untergrund den Schwerlastverkehr nicht mehr verkraften.

Mehr Infos auch unter www.gruene-niedersachsen.de

Euer Enno Hagenah
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



Einladung zum nächsten Treffen von Generation Grün:

Hannover multi-kulturell.

Voll integriert?

Diskussion über die aktuelle Situation und die Perspektiven der Migrationspolitik in Hannover

Am Montag 31.10., 19.00 Uhr

Spunk (am Sprengelgelände, Klaus-Müller-Kilianweg 6)

Mit Vertretern von Spokusa und Mark Meißner, Regionsfraktion

Alle sind herzlich eingeladen!

Generation Grün!
Krisis für junge Politik vor Ort.

Stadtwerke beliefern Region und LHH: Atomstromfrei

Nach der erfolgten europaweiten Ausschreibung für Strom werden ab dem 1.1.2006 die Stadtwerke Hannover sowohl die Region als auch die Landeshauptstadt Hannover, das Klinikum und den Abfallwirtschaftsbetrieb aha mit atomenergiefreien Strom beliefern. Bei einem Auftragsvolumen von immerhin sechs Millionen Euro jährlich garantieren die Stadtwerke, dass der Strom atomenergiefrei ist.

Damit werden nicht nur lokale Arbeitsplätze gesichert, sondern auch ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Auch preislich war das Angebot der Stadtwerke günstiger als bei der Ausschreibung des Landes Niedersachsen, obwohl das Land Atomstrom nicht ausgeschlossen hatte.

Rot-Grün macht ernst mit dem Ausstieg aus der Atomkraft!

Regionshaushalt 2006: Licht am Ende des Tunnels

Die Regionsverwaltung hat ihren Haushaltsentwurf 2006 vorgestellt. Dabei ist es gelungen, das strukturelle Haushaltsdefizit immerhin fast zu halbieren. Grund dafür sind die gestiegenen Steuereinnahmen der 21 Regionalkommunen und Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung. So steigen die Einnahmen bei der Regionsumlage um 30 Millionen Euro, obwohl der Hebesatz als Bemessungsgrundlage für die Umlagehöhe gleich geblieben ist.

Trotzdem bleibt immer noch ein Defizit von 100 Millionen Euro jährlich. Grund dafür sind die Kosten im Bereich Soziales, vor allem bei den Eingliederungshilfen und bei der Grundsicherung. Diese Tendenz wird auf Grund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren anhalten. Hier muss nächstes Jahr eine grundsätzliche Lösung gefunden werden.

Für den Haushalt 2006 werden jetzt die Haushaltsberatungen in den Arbeitsgemeinschaften beginnen. Der gemeinsame Grund-

satzbeschluss zum Haushalt soll auf der Mitgliederversammlung am 11.11. erfolgen.

Silber statt Grün...

Politisch unkorrekt; aber hier wollen wir Silbersehen: Die üstra will aus Kostengründen plötzlich auf den Silberpfeilstrecken vermehrt grüne Bahnen einsetzen. Das ist aber ein Riesenproblem für Mobilitätsbeschränkte. Denn die können die grünen Bahnen aus technischen Gründen nur mit Hilfe oder gar nicht (Elektrorollstühle) nutzen.

Wir haben behindertengerechte Lösungen beantragt. Die üstra rudert jetzt zurück. Es gibt ein neues Konzept. Vorstellung im nächsten Verkehrsausschuss. Da sind wir gespannt.

Output der BA entspricht den Anforderungen

Ende September wurde zum ersten Mal Output aus der Biologischen Anlage (BA) Lahe auf der Deponie Kohlenfeld abgelagert. Er erfüllt nach Überprüfung durch ein unabhängiges Labor die Anforderungen der Ablagerungsverordnung.

In der BA durchläuft der Restabfall die biologischen Prozesse, die auf der klassischen Deponie Jahre dauern, in nur neun Wochen. Nach der mechanischen Aufbereitung folgt für den feinen, organikreichen Teil des Abfalls zunächst ein gut dreiwöchiger Gärprozess unter Sauerstoffabschluss. Dabei wird der Abfall von Bakterien zersetzt und Biogas produziert. Anschließend folgt die etwa sechswöchige Nachrotte, während der unter kontinuierlicher Belüftung Mikroorganismen am Werke sind.

Die BA befindet sich seit dem 15. August im Probetrieb, kann aber zurzeit noch nicht wie geplant die vollen Abfallmengen verarbeiten. Eine solche komplexe Anlage läuft in der Regel nicht störungsfrei an, aber immerhin: das Endprodukt darf abgelagert werden

Androsch Wyborny, Katja Busch, Sabine Nolte

Eure Regionsfraktion
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

Sommer ja, Pause nein

Trotz vorlesungsfreier Zeit, eine wirkliche Sommerpause gab es bei der Grünen Hochschulgruppe nicht: Erst der Bundestagswahlkampf, dann eine arbeitsreiche Vorbereitung auf die Sommer-Sitzung des Studentischen Rates und nun die Planungen für das Wintersemester 2005/06. Von: Jan Haude

Aktuell am tagespolitischen Geschehen orientiert veranstaltete CampusGrün am 13. Juni eine Podiumsdiskussion mit Brigitte Pothmer (Landesvorsitzende und nun MdB Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Stefan Pläß (Dozent des Instituts für Politische Wissenschaften an der Uni Hannover) unter dem Motto „Vorwärts, es geht zurück!? Reformstau, Stimmenverluste, Neuwahlen- was ist die Zukunft von Rot-Grün?“. Auch danach war die Grüne Hochschulgruppe in Bundestagswahlkampf engagiert, zusammen mit Silke Stokar haben wir zum Beispiel vor der Hauptmensa einen Aktionsstand zum Thema Briefwahl gemacht. Bundesweit hatte die GRÜNE JUGEND zu diesem Uni-Aktionstag aufgerufen, an über 40 Universitäten fand die Aktion statt. Last but not least sei das besondere Engagement einiger unserer Aktivitäten erwähnt: Alex und Jan beackerten als Wahlkampfhelfer die Stadt, Tina und Gunnar absolvierten ein Praktikum in der Berliner „Prozentfabrik“.

Für einen blauen Campus

Mehrheitlich durchgesetzt wurde die Einführung eines Newsletters im Studentischen Rat, der AStA informiert zukünftig in einem Infoblatt über die Arbeit des StuRa. Dies tat er dann Mitte Juli auch erstmalig, nur nicht unbedingt objektiv und sachlich, wie es in dem Antrag eindeutig definiert ist. „Grüne und RCDS gefährden Semesterticket“ war dort zu lesen, dazu ein einseitig gefärbter Artikel. Hintergrund war eine Diskussion um eine Erhöhung des Semesterbeitrags-Anteiles für das Semesterticket, da die Bahn ihr Abrechnungssystem umstellt und zukünftig 1,07 Euro pro StudentIn und Semester mehr haben möchte. Die StuRa-Fraktionen

der Grünen Hochschulgruppe und des RCDS hatten auf der Sitzung die Art und Weise der Einbringung der Erhöhung kritisiert – der AStA brachte sie ohne Vorankündigung in die Sitzung und wollte sie dann im Hau-Ruck-Verfahren durchgestimmt haben. Zudem wurde angeregt, die Erhöhung für das Semesterticket durch eine Beitragssenkung des AStA-Anteils gegenzufinanzieren, genügend Luft bietet der Haushalt dafür. Um das Semesterticket nicht zu gefährden, stimmte CampusGrün geschlossen für die Erhöhung. Der AStA behauptete dann jedoch im StuRa-Newsletter, die Grünen hätten gegen das Ticket gestimmt.

Inzwischen hat sich der AStA entschuldigen müssen. Eine Gegendarstellung gibt es auf unserer Homepage: „Grüne wollen Campus blau streichen“.

Frauen an der Uni – Gleichgestellt?!

Die Grüne Hochschulgruppe lädt am Montag, den 14.11.2005, um 19.00 Uhr zu einer Veranstaltung mit der Gleichstellungsbeauftragten der Uni Hannover ein. Gemeinsam mit ihr und allen Interessierten möchten wir erörtern, ob Frauen an der Uni gleichgestellt sind und wie mehr Gleichberechtigung hergestellt werden kann. Die Veranstaltung findet im Raum 1214 der Grünen Hochschulgruppe statt, im 12. Stock des Conti-Hochhauses am Königsworther Platz.

CampusGrün trifft sich zukünftig an jedem ersten Montag des Monats um 18.00 Uhr. Mehr Infos zur Grünen Hochschulgruppe und ihrer Arbeit unter: www.campusgruen-hannover.de

Jan Haude
jan.haude@web.de



Sommerfest in Döhren

Am 10. September veranstaltete die Stadtteilgruppe Döhren-Wülfel-Mittelfeld auf dem Fiedeler Platz ihr alljährliches Sommerfest für die Bewohnerinnen und Bewohner der südlichen Stadtteile. Zu dem bunten Rahmenprogramm aus Livemusik der Gruppe AJACCO, Getränke- und Würstchenstand und großer Hüpfburg sowie weiterem Kinderentertainment gesellten sich Stadtteilinitiativen. Ein Bericht von Mark Bindert



Durch den überraschend stattfindenden Bundestagswahlkampf konnte Eva Hartmann als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin neben zahlreichen Lokalpolitikerinnen die beiden BundestagskandidatInnen begrüßen. Entsprechend groß war auch die Resonanz der etwa 120 Gäste und nahezu 100 Kinder auf dem Sommerfest.

An Bierhaustischen wurde intensiv über Ökologischen Landbau, soziale Gerechtigkeit, Bürgerversicherung und andere Grüne Themen diskutiert. Gerade Christopher Bodirsky wurde immer wieder zum Thema Genfood und Landbau angesprochen, wobei die von ARTgerecht verkauften „Neuland“ Würstchen und Nackensteaks als ideale Diskussionsgrundlage nicht nur für den Magen dienten. Silke Stokar musste mehr Fragen bezüglich ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren im Bundestag und zu Bürgerrechten beantworten.

Neben den bundespolitischen Themen gab es auch immer wieder Möglichkeiten über Lokalpolitik und Probleme vor Ort zu diskutieren. Vielfach ging es um

die noch immer unzureichende Versorgung mit Kindergarten und Krabbelgruppenplätzen in den verschiedenen angrenzenden Stadtteilen. Auch die Probleme von Rollstuhlfahrerinnen beim Besteigen der Üstra – Silberpfeile wurden angesprochen, sowie die unterschiedlichen Aspekte des Frauenbadens diskutiert.

Durch die Musik von AJACCO kam es auch bei hitzigen Diskussionen zu netten Unterbrechungen, in denen die Gemüter bei Biobier und Federweißem gekühlt werden konnten.

Zahlreiche Bewohner äußerten schon während der Veranstaltung den Wunsch, das Sommerfest im nächsten Jahr zu wiederholen. Der Wahlerfolg zeigt uns zudem, das mit einer dezentralen einzelnen größeren Veranstaltung genauso gut Werbung gemacht werden kann, wie mit den üblichen „Markt“ Wahlkampfständen. Leider konnten wir in diesem Jahr auf dem Sommerfest so wie vor drei Jahren keine neuen Beitritte verbuchen.

Mark Bindert
mbindert@t-online.de



AUS DEM RATHAUS

Frauenbaden im Vahrenwalder Bad

Unter dem Motto „Wagemann will's wissen“ hatte unsere Oberbürgermeister Kandidatin Ingrid Wagemann ins Freizeitheim Vahrenwald eingeladen zum Thema „Frauenbaden“ zu diskutieren. Anlass hierfür war eine unangemessen erhitzte Debatte in der hannoverschen Presse.

Was war passiert? Ein aus dem städtischen Haushalt mit Zuschüssen gefördertes Schwimmbad praktizierte Kundenorientierung, denn der Wunsch nach einer Frauenbadezeit war vielfach an die Verantwortlichen herangetragen worden. Ebenso wie es reservierte Badezeiten für den Vereinssport und Schulen gibt, wie es seit Jahren Frauentage in den städtischen Saunen gibt, ist man auch im Vahrenwalder Bad dem Bedürfnis mit vier Stunden in der Woche nachgekommen. Die angeregte Diskussion im Freizeitheim zeigte, dass das Frauenbaden zum Nebenschauplatz für eine ganz andere Auseinandersetzung genutzt wurde, nämlich der Frage um kulturelle Identitäten und interkulturelles Zusammenleben. Ingrid Wagemann wusste danach: „Hier müssen wir noch ganz viel für den Dialog tun!“

Weiter für Hochbahnsteig am Schwarzen Bären

„Wir sind nach wie vor für eine baldige Umsetzung eines Hochbahnsteigs am Schwarzen Bären!“, sagt Michael Dette, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion. Denn dieser optimiert die Umsteigemöglichkeiten, ist behindertengerecht und kundInnenfreundlich. Am Schwarzen Bären geht es laut Dette aber um viel mehr: Um die weitere Aufwertung eines umzugestaltenden Stadtplatzes, sowie die verbesserte Anbindung für das zu revitalisierende Ihmezentrum. Was auf grüne Initiative hin für den Nahverkehrsplan 2003 gefordert und für die Überplanung des Schwarzen Bären rot-grün beschlossen wurde, soll auch aus Sicht der hannoverschen Ratsfraktion tatsächlich durch die Region umgesetzt werden.

Der Nahverkehrsplan der Region Hannover sieht die Umsetzung eines Hochbahnsteigs am Schwarzen Bären für 2007 vor. Die Region Hannover geht auf Grund ungesicherter Finanzierung neuerdings davon aus, dass dieser Hochbahnsteig nicht realisiert werden könne.

Weniger Feinstaub

Die Vermeidung von Feinstaub durch LKW-Durchgangsverkehr steht ganz oben auf der politischen Agenda. Geprüft werden soll, ob hannoversche Ausweichstrecken für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen gesperrt werden können. Grüne setzen sich zudem für eine Ausweitung der Mautpflicht auf die betroffenen Bundesstraßenabschnitte ein und die Umstellung der LKW-Flotten bis 2010 auf Euro-Norm 5. Ältere Dieselfahrzeuge und Fahrzeuge mit ungenügender Abgasnorm sollen in der Stadt Fahrverbote erhalten. Weniger ökologisch motiviert als vielmehr Lobbyarbeit für die Speditions- und Fuhrgewerbe ist hingegen der Vorstoß der FDP, die LKW-Maut in Ballungsräumen wieder abzuschaffen, um die LKW nicht von der Autobahn zu locken.

Bürgermeisterin Ingrid Lange auf Tour

Nicht nur ein Thema für Sonntagsreden, sondern schon jetzt eine der brennenden Fragen unserer Stadtgesellschaft ist aus Sicht der migrationspolitischen Sprecherin Ingrid Lange die Integration der ausländischen MitbürgerInnen. Und das ist in der Regel harte Arbeit mit geringen Mitteln.

Um sich ein genaues Bild von der Alltagsarbeit jener Träger zu machen, die in diesem Bereich wirken und Zuwendungen von der Stadt erhalten, besucht sie derzeit zahlreiche Einrichtungen. Ein wichtiges Zukunftsthema, neben der sprachlichen Integration zeichnet sich hier deutlich ab. Die Frage nach der Versorgung von MigrantInnen im Alter ist ebenso drängend wie vielfach ungeklärt.

Eure Ratsfraktion
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

13.10. 19:00

Mitgliederversammlung zur Auswertung Bundestagswahl und zur weiteren Planung Fusion, Grünes Zentrum, Kontakt: Geschäftsstelle, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

25.10. 18:00

Kinder- und Jugend-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de

27.10. 18:30

MigrantInnen-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Mark Meißner, Tel.: 168 45 250, mark.meissner@hannover-rat.de

31.10. 18:00

AG Bauen, Wohnen, Verkehr LHH, Grünes Zentrum, Kontakt: Günter Wulfert, Tel.: 168 45 433, guenter.wulfert@hannover-rat.de

31.10. 18:00

Kultur-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Martina Raab, Tel.: 168 42 561, martina.raab@hannover-rat.de

01.11. 18:00

Frauen-AG, AO im Raum Leipzig, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de

03.11. 17:00

Umwelt-AG LH Hannover/Region, HH Region II, Grünes Zentrum, Kontakt: Günter Wul-

fert, Tel.: 168 45 433, guenter.wulfert@hannover-rat.de

03.11. 19:00

Mitgliederversammlung zur Wahl der Regionspräsidentin und zur Fusion der Kreisverbände, Kontakt: Geschäftsstelle, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

11.11. 15:00

Haushalts-MV Region, Grünes Zentrum, Kontakt: Geschäftsstelle, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

14.11. 15:30

Personal-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Mark Meißner, Tel.: 168 45 250, mark.meissner@hannover-rat.de

14.11. 17:30

Sozial-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de

15.11. 17:00

Haushalts-MV Rat, Grünes Zentrum, Kontakt: Geschäftsstelle, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

16.11. 18:00

Wirtschafts- und Finanz-AG, Neues Rathaus (Raum Leipzig), Kontakt: Mark Meißner, Tel.: 168 45 250, mark.meissner@hannover-rat.de

17.11. 17:30

Schul-AG, Grünes Zentrum,

Kontakt: Martina Raab, Tel.: 168 42 561, martina.raab@hannover-rat.de

17.11. 18:30

MigrantInnen-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Mark Meißner, Tel.: 168 45 250, mark.meissner@hannover-rat.de

22.11. 17:00

Müll AG Region, Grünes Zentrum, Kontakt: Sabine Nolte-Vogt, Tel.: 616 22 085, sabine.nolte-vogt@region-hannover.de

22.11. 18:00

Kinder und Jugend AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de

28.11. 18:00

Kultur-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Martina Raab, Tel.: 168 42 561, martina.raab@hannover-rat.de

30.11. 17:00

Umwelt-AG LH Hannover/Region, Grünes Zentrum, Kontakt: Günter Wulfert, Tel.: 168 45

433, guenter.wulfert@hannover-rat.de

05.12. 18:00

AG Bauen, Wohnen, Verkehr LHH, Grünes Zentrum, Kontakt: Günter Wulfert, Tel.: 168 45 433, guenter.wulfert@hannover-rat.de

07.12. 18:00

Frauen-AG, AO im Frauentreffpunkt, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de

08.12. 17:30

Schul-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Martina Raab, Tel.: 168 42 561, martina.raab@hannover-rat.de

12.12. 15:30

Personal-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Mark Meißner, Tel.: 168 45 250, mark.meissner@hannover-rat.de

12.12. 17:30

Sozial-AG, Grünes Zentrum, Kontakt: Birgit Teschner, Tel.: 168 43 346, birgit.teschner@hannover-rat.de



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

Grüne Jugend in Hiroshima

Zum 60. Jahrestag des Atombomben Abwurfs in Hiroshima haben Menschen in der ganzen Welt kleine Holzstückchen mit Wünschen zum Gedenktag beschrieben. Daraus wurde dann rund um die Gedenkstätte in Hiroshima ein Schutzwall für das Völkerrecht errichtet.

Mit dabei waren auch viele Holzstücke, die die Grüne Jugend Hannover gestaltet hat. Diese waren in der riesigen Gedenkwall gut sichtbar, so dass die Grüne Jugend aus Hiroshimas Partnerstadt mit ihren Wünschen zum Gedenktag gut vertreten war!



Mitgliedsbeiträge und Spenden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kto.-Nr. 8 451 100

BLZ 251 205 10

Bank für Sozialwirtschaft Hannover

Übrigens: Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail!

Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns jetzt ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

IMPRESSUM

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des KV Hannover-Stadt von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/323314, Fax 323315 mail@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Anja Ritschel, Michael Pelke, Gunnar Hansen, Doris Klawunde, Ingrid Wagemann, Michael Dette, Enno Hagenah, Jeanette Weinrich, Androsch Wyborny, Sabine Nolte-Vogt, Katja Busch, Jan Haude, Mark Meißner und Enno Isermann (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen KV Hannover-Stadt verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Januar 2006.

Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/323314, Fax 32 33 15 E-Mail: mail@gruene-hannover.de Internet: www.gruene-hannover.de